

Charme-Offensive mit blinden Flecken

Nach Jahren einer aggressiven Haltung zu den USA und dem Westen bemüht sich Peking um Signale der Öffnung – Angekommen ist das längst nicht überall

China hat wieder mit einer Charmeoffensive begonnen. So kam es mir kürzlich auf einer zehntägigen Reise durch das Land der Mitte vor. Auch wenn die Außenpolitik Xi Jinpings nach wie vor viele unerbittliche Ecken und Kanten aufweist, sind durchaus auch versöhnlichere Töne aus Peking zu hören. Die vereinfachte Einreise in das Land, die es vor allem vielen EU-Bürgern erlaubt, sich für bis zu 15 Tage ohne Visumpflicht in China aufzuhalten, ist sicherlich Teil der Charmeoffensive.

Diese zumindest ansatzweise konstruktivere Politik, die sich deutlich von Chinas aggressiver „Wolf warrior“-Außenpolitik der Jahre 2020 bis 2023 unterscheidet, dürfte nicht zuletzt mit der nicht mehr richtig florierenden chinesischen Wirtschaft zu tun haben, einschließlich der hohen Jugendarbeitslosigkeit. Peking reagiert wohl auch auf die von den USA und – mit etwas Verzug – von der EU erlassenen strikten Export- und Investitionskontrollen für technologische Waren wie hochwertige Halbleiter, Computerchips und alle mit Robotik und künstlicher Intelligenz zusammenhängenden Produkte.

Immer mehr Nachbarn Chinas, wie etwas Japan, Süd-Korea oder die Philippinen, intensivieren aus Angst vor China ihre Beziehungen zu Washington. Selbst Deutschland zeigte kürzlich zum großen Ärger Pekings und zur Genugtuung der USA deutlich Flagge mit der Durchfahrt zweier deutscher Kriegsschiffe durch die Taiwanstraße. Diese wird von China als nationales territoriales

„In manchen rechtslastigen Kreisen der USA wird von einem Krieg mit China gesprochen, um den »Emporkömmling« in die Schranken zu weisen

Gewässer beansprucht, während sie von allen westlichen Staaten als internationale Wasserstraße betrachtet wird.

In manchen rechtslastigen Kreisen der USA wird zunehmend von der Möglichkeit, wenn nicht der Notwendigkeit eines Kriegs mit China gesprochen, um den „Emporkömmling“ in die Schranken zu weisen. Auf chinesischer Seite dürfte dies in manchen patriotischen Kreisen nicht viel anders aussehen.

Das entspricht aber keinesfalls der Politik der Biden-Regierung in Washington oder der von Xi Jinping in Peking. Trotz großen



KLAUS LARRES

ist Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an der University of North Carolina, Chapel Hill, und Global Fellow am Wilson Center in Washington D.C. In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener zumeist über die USA als Wahlheimat und liebstes Forschungsgebiet

Misstrauens, Rivalität und tiefer gegenseitiger Verbitterung ist festzustellen, dass sich beide Seiten Gedanken machen, wie der Konflikt in Grenzen zu halten ist, um ihn nicht gefährlich ausufern zu lassen. „Managed competition“ ist das Stichwort auf amerikanischer Seite, die Ausweitung der „People to people“-Kontakte von Studenten, Geschäftsleuten und Touristen ist das Anliegen auf chinesischer Seite. Der amerikanische Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan war kürzlich zu Gesprächen in Peking, US-Außenminister Antony Blinken besuchte Shanghai und Peking im April, und der chinesische Sonderbeauftragte für eurasische Fragen, Li Hui, war im Juli in Washington. Nach ihren Gesprächen in San Francisco Ende letzten Jahres wird mit einem erneuten persönlichen Treffen von Biden und Xi noch im November gerechnet.

Dennoch muss man vorsichtig sein in China. Xi Jinping fährt einen deutlich schärferen Kurs gegen Kritik am Regime. Zahlreiche Überwachungskameras an fast jeder Straßenecke in allen großen und kleinen Städten dienen dazu, die Bevölkerung nicht nur bei Verkehrsdelikten, sondern auch jedem auch noch so milden Protest gut unter Kontrolle zu halten. Die Innen- und Außenpolitik Chinas ist immer richtig, Fehler werden keine gemacht, so ist den vielen staatsnahen Zeitungen und dem staatlichen Fernsehen zu entnehmen.

Mein geplanter Vortrag in Shanghai zu der Politik der USA und EU gegenüber China wurde daher sicherheitshalber ins dänische Konsulat verlegt. Der diplomatische Schutz war nicht unbedingt notwendig, konnte aber auch nicht schaden.

Andererseits: Während meiner Teilnahme an den von zahlreichen chinesischen Journalisten begleiteten Veranstaltungen im Rahmen eines „Strategic Dialogue“ in Shanghai, Wenzhou und Peking waren die Gespräche, Vorträge und Diskussionen überraschend freizügig. Kritik an der übersubventionierten, oftmals unfairen chinesischen Wirt-

schafts- und Handelspolitik und der harschen chinesischen Außenpolitik wurde ernstgenommen und intensiv erörtert. Das Interesse an den USA, aber auch an Europa und Deutschland ist ungebrochen hoch. Nach wie vor ist es der große Traum vieler Chinesen, die westliche Welt zu bereisen oder gar im Westen zu studieren und zu arbeiten. Der Wunsch einer Intensivierung von „People to people“-Kontakten ist keine bloße Rhetorik.

Fernab der Metropolen sieht das freilich noch anders aus. Zu einem Vortrag an einer regiona-

„Die ökonomische Situation in Europa und der Wahlausgang in Thüringen und Sachsen waren Themen, die auf großes Interesse stießen

len Universität im Nordosten wurde mir kurz vor Beginn der Veranstaltung erklärt, dass meine Absicht, auch über den Wahlkampf in den USA zu sprechen, für die Uni-Leitung völlig inakzeptabel sei. Das sähe ja für die Machthaber in Peking so aus, als ob die Universität sich indirekt in den US-Wahlkampf einschalten oder gar Partei nehmen würde. Es sei schließlich völlig offen, ob nun Donald Trump oder Kamala Harris gewinnen werde. China verhalte sich strikt neutral. Was blieb mir anderes übrig, als das Thema kurzfristig zu ändern? Ich wollte meinen Gastgebern keine Probleme machen, auch wenn wohl kaum jemand in Peking meinen Vortrag wahrgenommen hätte. Die ökonomische Situation in Europa und der Wahlausgang in Thüringen und Sachsen waren dann Themen, die sehr wohl auf großes Interesse stießen.

Wie aber wird es weitergehen mit den Beziehungen zu China? Es ist sehr ungewiss, ob das derzeitige partielle Tauwetter auch nach US-Wahlen anhalten wird. Der mehrheitliche Wunsch, ja das Verlangen der jungen Generation in China nach Anbindung an die Welt und an den Westen scheint jedoch so groß zu sein, dass auch China auf Dauer keine ganz anders ausgerichtete Politik machen kann. Diejenigen in China, die um die Jahrtausendwende geboren wurden, werden in spätestens zehn bis 20 Jahren in Führungspositionen vorgestoßen sein. Es ist daher mehr als fraglich, ob der nach innen gekehrte, aggressive, stur nationalistische Kurs Xi Jinpings von Dauer ist.